Pressemitteilung



Kiel, 2. Februar 2017 Nr. 030 /2017

Ralf Stegner, Martin Habersaat:

CDU will durchregieren wie Trump und kündigt Schulfrieden auf

Zu einem heute bekannt gewordenen Beschluss des CDU-Landesvorstandes, im Wahlprogramm der Union vorzusehen, dass alle Gymnasien zu G9 (also dem Abitur nach vier Jahren Grundschule und neun am Gymnasium) zurückkehren müssten, erklären der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner, und sein Stellvertreter und bildungspolitische Sprecher Martin Habersaat:

Martin Habersaat: "Das jetzige Schulsystem in Schleswig-Holstein ist von einer breiten Mehrheit getragen. Es entspricht dem unseres Nachbarn Hamburg, auch das ist ein Wert an sich. G8 an Gymnasien, G9 an Gemeinschaftsschulen - das war das Ergebnis eines großangelegten Bildungsdialogs. Es gab und gibt wichtige Stimmen, es beim einmal beschlossenen System, G8 an Gymnasien, G9 an Gemeinschaftsschulen, zu belassen. Daran wollen wir festhalten. Schulfrieden gibt es nur mit SPD, GRÜNEN und SSW."

Ralf Stegner: "Die CDU kündigt den Schulfrieden auf. Jetzt beginnt wieder eine Debatte um das Schulsystem - nicht im Dialog mit der Basis, sondern auf Ansage von oben - der Oppositionsführer orientiert sich offenbar an dem Führungsstil von Donald Trump. Wieder zeigt sich: der neue Spitzenkandidat nimmt wenig Rücksicht auf Verluste. Wir haben in der Fläche eine Wahlfreiheit zwischen G8 an Gymnasien und G9 an den Gemeinschaftsschulen. Nicht zuletzt die jüngste IQB-Studie zeigte, dass an beiden Schularten sehr gute Arbeit geleistet wird. Was der CDU an den Gemeinschaftsschulen liegt, sehen wir an den ständigen Attacken auf deren Oberstufen."

"Wir brauchen Ruhe in Fragen künftiger Strukturen. Wir haben uns in der Vergangenheit stets dafür eingesetzt, dass die Verbesserung von Qualität und Unterricht Vorrang vor Strukturveränderungen hat. Wir setzen daher auf starke Gymnasien mit G8 und starke Gemeinschaftsschulen mit G9." So äußerte sich der UV Nord 2015 zu einem FDP-Gesetzentwurf, der den Schulfrieden in Schleswig-Holstein in Frage stellte.